Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 33 | München / 4. Jahrgang | 17. August 1917

Die Entwicklung der russischen Juden.

In dem neuen, vom Zarismus befreiten Rußland hat kürzlich eine zionistische Konferenz weite Kreise der russischen Judenheit vereinigt. Auch außerhalb der Grenzen des russischen Reiches sah man dieser Tagung mit Interesse entgegen. Konnte man doch hoffen, aus ihren Ergebnissen auf die Stimmungen und Wünsche, den Grad der Selbständigkeit und die Entwicklungstendenzen zu schließen, die in der Judenheit des heutigen Rußland herrschen.

Als zuerst die Fesseln der Ausnahmegesetze, unter denen die russische Judenheit bis vor wenigen Wochen geächzt hat, fielen, da erhoben sich hier und da Stimmen der Besorgnis, ob nun wohl die Emanzipation im Osten dieselben kläglichen Folgen zeitigen werde, wie die im Westen es seinerzeit getan: ob das durch äußeren Druck bisher zur Isolierung verurteilte jüdische Volk sich nunmehr leidenschaftlich an die Kultur der andren hingeben und sich ebenso assimilieren werde, wie man sich in Westeuropa nach der Emanzipation assimiliert hat.

Die 7. Konferenz der russischen Zionisten scheint besser als alles andere dafür zu bürgen, daß diese Besorgnis unbegründet ist. Das Jahrhundert, das zwischen der Emanzipation in Westeuropa und der in Osteuropa liegt, hat — das lehren die Verhandlungen und Beschlüsse jener Konferenz — eine Entwicklung im Judentum gezeitigt, die sein Aufgehen in Fremdkulturen unmöglich macht.

Die Resolutionen der Konferenz zerfallen in zwei Hauptgruppen, die sich um die beiden starken Stützen ranken, die dem Judentum im letzten Jahrhundert erwachsen sind: die Sehnsucht nach dem Zentrum in Palästina und das Bewußtsein der nationalen Sonderexistenz der Judenheit.

An erster Stelle unter den Beschlüssen der Zionisten stehen die auf Palästina bezüglichen, die dazu dienen sollen, dem Judentum der ganzen Welt einen Mittelpunkt, eine Konzentration seiner höchsten geistigen und moralischen Kräfte zu geben. Auf dem kommenden Kongreß der russischen Juden und auf dem ersehnten Friedenskongreß wird die Forderung eines jüdischen Palästina erhoben werden müssen.

Aber nicht minder wichtig ist die zweite Gruppe der gefaßten Beschlüsse: derer nämlich, die von dem neuen Rußland die Anerkennung der Rechte aller einzelnen Nationen und der Juden als einer Nation unter den Nationen Rußlands fordert.

Daß die Juden Rußlands auf der zionistischen Konferenz von der Regierung in der allgemeinen Staatspolitik die Demokratisierung der Staatsordnung, in der nationalen Politik die Autonomie und Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten und auf dem besonderen Gebiet der jüdischen Nationalrechte die Anerkennung der jüdischen Nationalität mit dem Rechte der Selbstverwaltung auf allen Gebieten nationalen Lebens verlangen, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die russischen Juden heute zu dem Bewußtsein ihrer Selbständigkeit als nationale Gruppe erwacht sind, und sich dadurch weit über die Entwicklung jener, die vor hundert Jahren befreit wurden, erhoben haben.



Aber auch von dem Verantwortlichkeitsgefühl, das in den russischen Juden lebt, zeugen die gefaßten Beschlüsse. Nicht nur Rechte fordert man, sondern man strebt danach, diese Rechte in Arbeit umzusetzen.

Die kulturellen Bildungsanstalten, die Fragen des religiösen Lebens, die sozial-wirtschaftliche Hilfe (Genossenschaften, professionelle Bildung usw.), die Regulierung der Binnen- und Auswanderung, die Volksgesundheit, die öffentliche Wohlfahrt und die Matrikelführung und Registrierung der jüdischen Bevölkerung — das alles soll in Zukunft von der jüdischen Nation selbst, nach jüdischen Gesichtspunkten verwaltet werden.

Gewissermaßen als Beweis für die Berechtigung, so selbständige nationale Rechte und Arbeiten zu fordern, dürfen die gefaßten Beschlüsse zur Kulturfrage angesehen werden, zeugen sie doch davon, daß es sich hier um eine Gruppe mit eigner Sprache, eigner Literatur und Geschichte, eignen Erziehungsnormen handelt, auf deren Pflege auch in Zukunft der größte Wert gelegt werden soll. Gerade in diesem Besinnen auf die jüdische Volkskultur, in der Neuerweckung jüdischer Sprache und jüdischen Geistes liegt der höchste Beweis einer eigentümlichen und zum Fordern berechtigten Volksart — in ihr liegt auch ein Beweis, daß während die Emanzipation vor 100 Jahren die Juden in einer Periode zeitweiliger Stagnation des Volkslebens überraschte, inzwischen der damals versiegte Quell neu zu sprudeln begonnen hat.

Daß der Zionismus eine der stärksten Kräfte war, die den Brunnen wieder zum Fließen brachten, wird niemand leugnen können. Andrerseits wäre der Zionismus ein bleichsüchtiges Ideal geblieben, hätten nicht in der Brust des jüdischen Volkes die Kräfte gesunden Volkstums noch unversehrt geruht, auf eine neue Erweckung wartend.

Auch auf die Entwicklung des zionistischen Gedankens selbst werfen die russischen Beschlüsse ein helles Licht: der Zionismus selbst beschränkt sich nicht mehr auf die Erzielung des palästinensischen Ideals, sondern arbeitet mit überall wo es gilt, Glieder des jüdischen Volkes zu neuer Gesundung und frischem Leben zu führen.

Die Quelle, aus der er noch immer die Kraft zu dieser schöpft, ist nach wie vor der Glaube, daß die Rückkehr nach Palästina die völlige Genesung des jüdischen Volkes bringen wird.

Kerenski und die Gleichberechtigung in Rußland.

Von L. M. Bramson, Petersburg.

Die Frage der Gleichberechtigung der Juden tauchte zum ersten Male in der denkwürdigen Nacht vom ersten März auf, als der Arbeiter- und Soldatenrat dem zeitweiligen Komitee der Reichsduma und den Vorstehern der provisorischen Regierung die bekannte Erklärung zur Judenfrage vorlegte, die später veröffentlicht wurde.

Beim Arbeiter- und Soldatenrat herrschte in dieser Frage gar keine Meinungsverschiedenheit; niemand zweifelte daran, daß alle jüdischen Rechtsbegrenzungen schnellstens abgeschafft werden müßten, deshalb wurde auch der Passus über die Abschaffung aller nationalen und religiösen Beschränkungen gleich hinter die Erklärung der Amnestie gestellt. Keiner der Minister hat sich dagegen geäußert.

In den darauffolgenden Tagen hatten die Minister die Arbeit unter sich zu verteilen und konnten nicht gleich daran denken, auf welche Weise die Gleichberechtigung der Juden durchgeführt werden solle. Bald wurde bekanntgemacht, daß der Justizminister Kerenski die Erledigung aller Fragen bezüglich der Gleichberechtigung und dgl. selbst übernommen habe.

Nun kam die Zeit, das den Juden gegebene Versprechen einzulösen. In jüdischen Kreisen herrschte große Unruhe wegen der Verzögerung in der Durchführung der Gleichberechtigung. Ich ging damals zum Justizminister und erklärte ihm, die Regelung der Gleichberechtigung der Juden sei dringend notwendig. Kerenski sagte mir, er sei vollständig einverstanden damit und erinnerte mich daran, daß er bereits im Jahre 1906 mit mir einen Gesetzentwurf wegen der Gleichberechtigung der Juden ausgearbeitet und durch die Arbeitergruppe in der Duma eingebracht hatte.

Er lud sofort den Direktor des Departements ein, beauftragte ihn, ein Verzeichnis der jüdischen Beschränkungsmaßregeln aufzustellen, um sie alle auf einmal abzuschaffen und bestimmte zugleich, daß ich an der Kommission zur Zusammenstellung dieses Verzeichnisses teilnehmen soll.

Diese Kommission arbeitete 8 Tage lang ununterbrochen unter der Leitung des bekannten russischen Rechtsgelehrten M. Boschtowski. In ihr waren fast alle Beamten des Rechtsrats und ich als der einzige Jude tätig. Jedes Mitglied der Kommission bekam einen Band des Gesetzbuches, aus dem er alle die Juden betreffenden Stellen ausziehen mußte. Ich hatte dafür zu sorgen, daß diese Arbeit so schnell und zweckmäßig wie möglich geschehe, um die Interessen der Juden am besten zu wahren.

Mit großer Befriedigung möchte ich feststellen, daß mir diese schwierige Aufgabe völlig gelungen ist, so daß dieses wichtige Gesetz in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgearbeitet werden konnte.

Inzwischen entstand die Frage, wie das Gesetz formuliert werden sollte. Ich selbst konnte die Verantwortung für eine solche wichtige und große Sache nicht übernehmen und wandte mich deshalb an den jüdischen Abgeordneten Friedmann und an den Ausschuß für Politik, den die jüdischen Deputierten der Duma gebildet hatten. Außer dem ständigen Mitarbeiter dieses Ausschusses nahm an der Beratung auch der Vorsitzende des „Bund" teil.

Das Kollegium bildete 2 Kommissionen: eine für junge jüdische Juristen, die sämtliche russischen Gesetze durchstöbern und dafür Sorge tragen mußten, daß keine einzige jüdische Begrenzung ausgelassen würde. Die 2. Kommission (Sliosberg, Friedmann, Grusenberg, Winawer, Frumkin und Bramson) arbeitete inzwischen eine passende Form des Gesetzes aus.

Bei den Beratungen wurden zwei Standpunkte vertreten: Winawer z. B. vertrat die Ansicht, daß das Gesetz betreffs der Abschaffung der nationalen Beschränkungen mit dem Gesetz der Abschaffung der Standesbeschränkungen verbunden sein müsse. Als Begrüdung führte er an, es sei nicht angängig, die Beschränkungen der Juden früher als z. B. die Beschränkungen des Bauernstandes abzuschaffen. Ich dagegen war der Meinung, daß eine solche Verbindung nicht zweckmäßig sei, weil mit der Abschaffung der Standesbegrenzungen viele damit verbundene Einrichtungen ebenfalls abgeschafft werden müßten; das würde aber viel Zeit in Anspruch nehmen und mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Außerdem wies ich darauf hin, daß für den russischen Bauern die Agrarfrage viel wichtiger sei als die Frage der Standesbegrenzungen. Ich beschloß, Kerenski darüber zu befragen. Letzterer erklärte darauf entschieden, er finde es angebrachter, die jüdische Gleichberechtigung mit der Abschaffung der Standesbegrenzungen nicht zu verbinden.

Auch in Bezug auf die Form des Gesetzes wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Winawer äußerte die Meinung, daß die Verordnung wegen der Gleichberechtigung in allgemeiner deklarativer Form veröffentlicht werden müsse; es sollte in prinzipieller Weise ausgedrückt werden, daß alle Bürger gleichberechtigt und alle diesbezüglichen Begrenzungen abgeschafft seien. Andere Kommissionsmitglieder meinten das Gesetz dürfe nur ein Verzeichnis aller abzuschaffenden Beschränkungen angeben. Ich dagegen war der Ansicht, daß das Gesetz einige deklarative Formeln enthalten müsse, mit der gleichzeitigen Zusicherung einer gleichzeitigen Veröffentlichung des Verzeichnisses der Beschränkungen. Kerenski äußerte sich gegen allgemeine Formeln, verlangte vielmehr ein klares und deutliches Verzeichnis aller Begrenzungen, die aus der Welt geschafft werden sollten, um die Rechtlosigkeit ein für allemal mit ihren Wurzeln auszureißen und die mittelalterlichen Verordnungen abzuschaffen. Ich wies Kerenski auf die Schwierigkeit hin, mit welcher das Zusammenstellen eines solchen vollkommenen Verzeichnisses verknüpft ist. Es wurde deshalb beschlossen, das Dekret mit allgemeinen Sätzen einzuleiten, dann die wichtigsten Beschränkungen

und zuletzt alle übrigen Beschränkungen der jüdischen Rechte anzuführen, die abgeschafft würden.

Die Frage der jüdischen Gemeinde und des Übertritts von einer Religion in die andere wurde beschlossen nicht zu berühren. Dafür wurden alle administrativen Verordnungen betreffs der Juden wie auch die einschränkenden Bestimmungen der Militärverwaltung in das Verzeichnis aufgenommen. Auch die Wahrung der Interessen der ausländischen Juden wurde nicht übersehen.

So ist das Gesetz wegen der jüdischen Gleichberechtigung entstanden.

Vom Justizministerium wurde das Gesetz zur Beratung an die provisorische Regierung übergeben, die keine wesentlichen Änderungen daran vornahm.

Das Gesetz mit den Änderungen ging in das Justizministerium zurück und die vorgenommenen Änderungen wurden vom Rat der jüdischen Abgeordneten bestätigt.

Jetzt mußte nur noch die provisorische Regierung das Gesetz bestätigen. Man kann sich vorstellen, welche Aufregung wir alle in den Tagen erlebt haben, als das Gesetz der provisorischen Regierung zur Prüfung vorlag. Die Minute, in welcher der Sekretär mir die telephonische Mitteilung machte, daß das Gesetz genehmigt sei, zähle ich zu den glücklichsten meines Lebens.

Einige jüdische Freunde Kerenskis sandten ihm damals einen großen Blumenkorb, und das war der einzige sichtbare Dankesbeweis, den Kerenski für den Gesetzerlaß erhalten hat.

Der Kampf um Palästina.*)

Von C. A. Bratter.

Eine vom Präsidenten Wilson eingesetzte dreiköpfige „Palästina-Kommission“ ist, wie wir dieser Tage meldeten, auf dem Wege nach Ägypten begriffen. Auf der Rückreise will sie in den Entente-Ländern für ihre Ziele Propaganda machen; und Präsident Wilson will — so hieß es in der aus Amerika stammenden Meldung weiter —, „daß die jüdischen Wünsche inbetreff der Zukunft Palästinas berücksichtigt werden.“ Es handelt sich um die zionistischen Wünsche bezüglich der Überlassung Palästinas als geschlossenes jüdisches Siedlungsland. Daß hier eine kolonisatorische Massenbewegung von ernster Bedeutung in Frage kommt, haben die Engländer sowohl wie die Amerikaner eingesehen, und beide sind offenbar entschlossen, die Bewegung für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen und zu mißbrauchen.

Was nun zunächst das Interesse der Vereinigten Staaten an der zionistischen Frage betrifft, so spielt dabei die innere Parteipolitik eine Rolle, zumal neben den jüdischen Massen auch die einflußreichen und wohlwollenden jüdischen Kreise Amerikas weit mehr als die Europas dem zionistischen Gedanken ehrlich anhängen. Die große Mehrzahl der einflußreichen amerikanischen Juden und auch ein beträchtlicher Teil der mittleren und ärmeren jüdischen Klassen gehört zur republikanischen Partei. Die letzte Präsidentenwahl hat die Stärke des „Jewish vote“ aufs neue gezeigt. Es hätte sich quantitativ noch entschiedener gegen Wilson ausgesprochen, wenn dieser geriebene „Idealist“ nicht durch die Ernennung des Herrn Morgenthau und Elkus zu Botschaftern und des Herrn Brandeis zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts — alle drei Herren sind sehr werktätige Zionisten — einen Teil des „Jewish vote“ auf sich gezogen hätte. Sein jetziges Eintreten für die von ihm proklamierten „jüdischen Wünsche“ hat den durchsichtigen Zweck, dieses Votum in möglichst großem Umfange der demokratischen Partei zuzuwenden. Der knappe demokratische Wahlsieg im November 1916 hat die demokratischen Parteileiter über die Wichtigkeit eines solchen Stimmenzuwachses belehrt. Die englischen Anschläge auf Palästina liefern dem Präsidenten die erwünschte Möglichkeit, die imperialistischen Pläne Englands zu unterstützen.

Was England in Palästina erreichen will, ist klar: es will sich den Landweg nach Indien sicherstellen. Nicht erst seit heute ist die — zum mindesten politische — Kontrolle über Palästina eines der großen Ziele der britischen Politik. Die dahin zielenden englischen Intrigen reichen weit in die Jahre vor dem jetzigen Kriege zurück. Die Beherrschung Palästinas zur Sicherung Indiens soll das letzte Glied in der Kette jener militärischen und diplomatischen Aktionen sein, die mit der Erwerbung Adens und Prims begannen, mit der Besetzung Ägyptens sich fortsetzten und über den englisch-russischen Persien-Vertrag von 1907 zu dem jetzigen englischen Feldzuge in Mesopotamien führten. Eine beachtenswerte Zwischenstation war der 1906 von England vom Zaun gebrochene Akaba-Streit, der damit endete, daß die Grenze der Sinai-Halbinsel um ein beträchtliches Stück näher an Ägypten verlegt wurde. In dasselbe Kapitel gehörte das mesopotamische Bewässerungsprojekt des Engländer Sir William Willcox, das u. a. den Bau einer unter englischer Kontrolle stehenden Bahn Bagdad—Akka und Akka—Ägypten in sich schloß. Der durchsichtige Plan scheiterte an dem Widerspruch der türkischen Regierung. Was aber die Stambuler Regierung nicht verhindern konnte, war, daß Willcox unter dem Vorwande, englische Ingenieure zu den Bewässerungsarbeiten nach Mesopotamien kommen zu lassen, in Wirklichkeit englische Offiziere dorthin schicken ließ, die im Lande nach Belieben Ver-

*) Der folgende bemerkenswerte Aufsatz erschien am 1. August in der „Vossischen Zeitung“.

messungen vornahmen. Ebenso machten es 1905 englische Offiziere im südlichen Palästina. Als die türkische Regierung auf dieses Treiben aufmerksam wurde, war es wohl schon zu spät. Der englische Generalstab verfügt heute vermutlich über weit bessere topographische Aufnahmen von Mesopotamien und Süd-Palästina als der türkische.

In den Bereich derselben Bestrebungen fallen die mit einem reichen Aufwande an Geld, diplomatischem Geschick und zäher Ausdauer verfolgten Bestrebungen, ein großes ägyptisch-arabisches Reich, einen — vorgeblich — selbständigen arabischen Khalifenstaat zu gründen, zu dem außer Arabien u. a. auch Mesopotamien gehören soll; so will England das Khalifat in die Hände bekommen als ein mächtiges politisches Werkzeug, das den Briten die volle Herrschaft über das ganze zwischen Ägypten und Indien liegende Ländergebiet sichern soll. Gegen ein Vordringen Rußlands und ein Eingreifen Afghanistans soll der schon erwähnte Vertrag von 1907 Schutz bieten. Es soll eine ganz unter englischer Herrschaft stehende Landverbindung zwischen Indien und Ägypten über Mesopotamien, Arabien und Palästina hinweg geschaffen werden.

Zur Verwirklichung dieses strategisch-politischen Planes gehört die Etablierung des englischen Einflusses in Palästina. Auf rein militärischem Wege ist die Lösung dieser Aufgabe allzu schwierig. Die Erinnerung an Gallipoli, Kut-el-Amara wirkt abschreckend. England versucht nun auch hier mit der Ausnützung bereits vorhandener Strömungen für seine Zwecke zu operieren; und wenn es, in Analogie mit der geplanten Schaffung eines arabischen Khalifats, durch die Förderung der jüdischen Bewegung Palästina für sich gewinnen will, so ist das ein Beweis für die Wichtigkeit, die England dieser Bewegung beilegt. Daß es sich dabei um eine kolonisatorische Bewegung handelt, wurde schon oben ausgeführt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß deshalb zu ihr Stellung genommen werden, wenn den englischen Plänen erfolgreich begegnet werden soll. Die Forderung des „Reichsboten", Deutschland solle sich selbst an die Spitze dieser Bewegung stellen, enthält darum einen weltpolitisch richtigen Kern, wenn der „Reichsbote" auch vermutlich die Sache anders gemeint hat. Man wird selbstverständlich, um in der für Deutschltnd wichtigen Palästinafrage klar zu sehen und richtig zu handeln, ihre Verquickung mit innerpolitischen Angelegenheiten ebenso vollständig vermeiden müssen, wie dies in England geschieht. Die angedeutete Palästinapolitik wird in England selbstverständlich nicht nur von solchen Juden vertreten, die selbst Zionisten sind, oder nur von solchen Nichtjuden, die Antisemiten sind.

Immerhin muß gesagt werden, daß die eigentlich zionistische Auffassung der Palästinafrage den Interessen des Vierbundes ebenso entspricht, wie die englische Umdeutung diesen Interessen widerspricht. Die zionistischen Siedlungsbestrebungen bezwecken selbstredend keine Losreißung Palästinas vom türkischen Reich, sondern wollen sich im Rahmen dieses Reiches und auf Grund einer starken Interessengemeinschaft mit ihm entwickeln.

Der Plan dagegen, den England und die Vereinigten Staaten in Palästina verfolgen, ist ein Teil des gegen das türkische Reich gerichteten Zerstörungsprogramms der beiden angelsächsischen Mächte.

Sie werden sich dabei allerdings auch bei den eigenen Bundesgenossen auf erheblichen Widerstand gefaßt machen müssen. Es darf nicht vergessen werden, daß Frankreich, Rußland und Italien traditionelle Gegner aller britischen Bestrebungen sind, sich in Palästina politisch stark zu machen. Frankreich ist dort, wie in Syrien, der gegebene Feind solcher englischen Absichten. Es hält mit verbissener Zähigkeit an seinen Protektorats-Ansprüchen auf die Katholiken Syriens und Palästinas fest und an dem daraus abgeleiteten Anspruch auf eine bevorzugte Stellung in diesen Gebieten. Rußland ist dort ein scharfer Konkurrent Englands; es streckt die Hand aus nach dem eisfreien Hafen Alexandrette, den es, falls es nicht auf dem Wege über Armenien geht, auf dem Wege über Palästina zu erlangen hofft. Rußland durchsetzt seit vielen Jahren Jerusalem mit Kirchen, Klöstern, Hospizen und Geistlichen, und bedient sich auch der nach Palästina auswandernden Juden als russifizierender Kräfte. Alles das geschieht zielbewußt zu politischen Zwecken, die mit denen der Engländer unvereinbar sind.

Auch in der Palästinafrage zeigt sich also — wie in fast allen weltpolitischen Fragen — der starke Interessengegensatz zwischen England-Amerika auf der einen, den europäischen Festlandsstaaten einschließlich Rußland auf der anderen Seite. Diese Tatsache wird sich, trotz der gegenwärtig unlogischen Gruppierung, schließlich Geltung verschaffen müssen, wenn das Interesse des europäischen Festlandes nicht unheilbar geschädigt werden soll. Auch Deutschland hat zu dieser Entwicklung noch seinen wesentlichen Teil beizutragen.

Das Hilfswerk für Palästina.

Die Notlage der evakuierten jüdischen Bevölkerung in Palästina hat die Juden aller Länder zur Einleitung von Hilfsaktionen veranlaßt, die zum Teil von den zionistischen Organisationen allein, zum Teil in Verbindung mit anderen jüdischen Organisationen durchgeführt werden.

Das Zionistische Zentralkomitee für Rußland hat bereits mehr als 300 000 Rubel für die Evakuierten erhalten,

beim Zentral-Hilfskomitee in London sind aus England und den Kolonien ca. 20 000 Pfund für diesen Zweck eingegangen,

in Deutschland hat das von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland organisierte „Hilfswerk für Palästina" bisher 175 000 Mark für die Evakuierten eingenommen,

vom Provisorischen Zionistischen Exekutiv-Komitee in New York wurden bisher 20 000 Dollar für diesen Zweck überwiesen,

eine Sammlung unter den dänischen Juden ergab 23 000 Kronen,

die schwedischen Juden überwiesen 20 000 Mk.

in Holland sind bisher 10 000 Gulden aufgebracht worden, in der Schweiz 9000 Franken, in Italien 2000 Lire.

Die Erlaubnis zur Rückkehr der Evakuierten ist bisher **nicht** erteilt worden. Die Regenzeit naht heran und bedroht, wie alle Nachrichten bestätigen, diesen Teil der palästinensichen Judenheit mit einer furchtbaren Katastrophe, da die, welche vorläufig in Zelten wohnen können, dann vollständig ohne Schutz gegen Sturm, Regen und Kälte bleiben. Auch die Erntearbeiten, bei denen viele der Evakuierten beschäftigt werden konnten, sind nun abgeschlossen und dadurch eine Quelle des Erwerbs versiegt.

Die Zahl der an Malaria und Seuchen Leidenden wächst täglich und stündlich.

Ein Privatbrief aus Jerusalem enthält die folgende ergreifende Schilderung der Zustände in Jerusalem:

„.... Sie wissen, daß ich von Hause aus weiß, was Not und Armut ist, aber was ich jetzt hier sehe, habe ich im schlimmsten Winkel Galiziens nicht gesehen. Überhaupt ist Hungersnot und Evakuierung nur ein phantastischer Begriff, solange man nicht darunter leidende Menschen gesehen hat. Zu Kretins verunstaltete Gesichter, Hungerbäuche bei Frauen, als ob sie im neunten Monat wären, geschwollene Beine wie die Tonnen, zu Gerippen abgemagerte früher starke Männer.... Die Not zeitigt schreckliche bisher ungeahnte Erscheinungen. Männer warten vor den Soldatenheimen auf ihre Frauen, die dort Geld verdienen! Die Syphilis verbreitet sich so stark, daß sogar schon kleine Kinder infiziert sind. Unsere Freundin ist diese Woche fast erblindet beim Untersuchen eines achtjährigen Mädchens!

Die Flüchtlinge versuchen mit ihrem ausgeprägten Optimismus sich gut zu fühlen aber das Fieber, das infolge der Unterernährung schrecklich verbreitet ist, streckt sie nieder. Wenn der Krieg im Sommer nicht zu Ende geht, was steht diesen Menschen im Winter in ihren elenden Zelten und Baracken bevor?"

Es sei nochmals daran erinnert: Lebensmittel sind in Palästina reichlich vorhanden, um alle Bewohner zu ernähren; nur an Geld, sie zu kaufen, mangelt es den von der Heeresverwaltung vertriebenen Juden.

Die Berufe der Juden in München.[1]

Von Dr. Paula Weiner-Odenheimer, Regensburg.

Die Berufe der Münchener Juden mit Berücksichtigung der Gebürtigkeit.

(Fortsetzung.)

IV. Die Berufe der ausländischen Juden in München.

Im letzten Artikel sahen wir, daß fast ein ganzes Drittel der in München Erwerbstätigen aus dem Auslande stammt. Im Folgenden wollen wir untersuchen, wie dieses Drittel sich beruflich gliedert.

Sowohl aus äußeren wie aus inneren Gründen wollen wir im Folgenden unter „Ausländern" vor allem jene Bevölkerungsmasse verstehen, die in Osteuropa geboren, also von dort eingewandert ist; aus äußeren, weil die Juden in Massen nur von da kommen, während sie z. B. aus Italien, Frankreich und der Schweiz sich nur vereinzelt in Deutschland niederlassen, da in ihren Ländern Gründe zur Massenauswanderung nicht vorliegen; aus inneren, weil jene osteuropäische Masse durch ihre spezifisch eigentümliche Kultur eine den anderen Juden nicht unbedingt homogene Wirtschaftsgesinnung zum Ausdruck bringt.

Zunächst eine Tabelle über die Herkunft der in München 1907 gezählten ausländischen erwerbstätigen Juden.

	absolut	in % aller erwerbst. Münchener Juden
Österreich	791	16,7
Ungarn	111	2,4
Rußland	367	7,8
Rumänien	34	0,7
Übriges Ausland	92	1,9
Zusammen Ausland	1395	29,5

Den größten Teil stellt Österreich, was zum Teil durch die räumliche Nähe, zum Teil durch die starke jüdische Bevölkerung in Galizien verständlich ist, an zweiter Stelle kommt Rußland. Die Einwanderung russischer Juden zielt vor allem nach Amerika und England, Deutschland ist nur Durchgangsland; darum ist, abgesehen davon, daß allein auf die russischen Studenten die Ziffer 138 trifft, ihr Anteil für München nicht allzu groß. Dann kommt Ungarn an dritter Stelle.

Gliedern wir nach den Berufsabteilungen, so finden wir unter den beiden Hauptherkunftsgruppen folgende Unterschiede: Es waren erwerbstätig in nebenstehenden Berufsabteilungen:

	Von 100 im Ausland Geborenen	Von 100 in Deutschland Geborenen
A. Landwirtschaft	0,1	0,1
B. Gewerbe u. Industrie	23,5	11,4
C. Handel u. Verkehr	47,9	43,8
D. Häusliche Dienste	0,6	0,2
E. Öffentl. Dienst, freie Berufe	6,7	12,0
F. Beruflose	21,2	32,0
	100	100

Von der Landwirtschaft gilt das in dieser Arbeit schon öfters Gesagte: die Erwerbstätigkeit der Juden in diesem Berufszweig ist überhaupt gering. Der Anteil der Industrie beträgt bei den im Ausland geborenen Juden 23,5%, bei den in Deutschland Geborenen nur 11,4%. Es findet sich also bei den Ausländern eine viel größere Beteiligung an dieser Berufsabteilung. Im Folgenden werden wir sehen, daß die Größe dieser Zahl vor allem durch den Anteil des Kleingewerbes bedingt ist, aber auch durch jenen Teil, der als unselbständig in der Industrie seinen Unterhalt sucht. Auch die Beteiligung von Handel und Verkehr ist bei den ausländischen Juden etwas größer als bei den in Deutschland Geborenen. Die Ausgliederung nach Berufsgruppen und Berufsarten wird uns im Folgenden genauer über diese Anteilsziffer orientieren. Auch die Zahl der D-Abteilung ist bei den Ausländern größer, was durch ihre geringe Wohlhabenheit verständlich ist. Dagegen ist weitaus kleiner der Anteil der freien Berufe bei den Ausländern. Sie kommen eben arm aus ihrem Heimatsland und streben vor allem darnach, möglichst rasch sich eine Existenz zu gründen. Die freien Berufe, die eine kostspielige Vorbildung beanspruchen, sind hierzu nicht geeignet.[1] Der

[1]) Vergl. „Zeitschrift f. Demographie und Statistik der Juden" Heft 4/5/6 und Nr. 3 ds. Blattes.

[1]) Näheres im ersten Artikel (Jahrg. 11, Heft 10—12), S. 90/1.

Anteil der Abteilung der Beruflosen ist an sich ziemlich groß, aber im Verhältnis zu den deutschen Juden doch klein. Dies erklärt sich daraus, daß im Allgemeinen die größte Zahl der Beruflosen der Rentnerschicht angehört. Die meisten beruflosen ausländischen Juden werden, wie oben bereits erwähnt, Studierende sein.

V. Die jüdischen Ausländer in Münchens Gewerbe und Industrie.

Besonders interessant ist die Frage der Beschäftigung der ausländischen Juden in der Industrie. Es fragt sich nämlich, ob die ausländischen Juden überhaupt am industriellen Leben beteiligt sind. Diese Frage ist schon oben mit einer Gesamtziffer beantwortet worden. Weiter aber fragt es sich, ob sich die ausländischen Juden, soweit sie in der Industrie erwerbstätig sind, gleichmäßig auf die verschiedenen Industriegruppen und Industriearten verteilen (Möglichkeit 1), oder ob sie hinsichtlich dieser Verteilung dem Zuge der Gesamtentwicklung folgen (Assimilation, Möglichkeit 2) oder endlich ob sie jene Berufseigentümlichkeiten, die sich in ihrem Herkunftslande (den osteuropäischen Ländern) zeigen, auch nach der Einwanderung beibehalten und festhalten (Separation, Möglichkeit 3).

Natürlich kann bei der Beantwortung dieser Fragen am allerwenigsten rein statistisch vorgegangen werden, denn die Detailziffern sind viel zu klein. Vielmehr handelt es sich darum, die Detailziffern liebevoll anzuschauen und diejenigen in denen sich eine Massenerscheinung kundtut, aufzufangen und näher zu zergliedern. Dabei dürfen wir mit dem Begriffe Masse ziemlich weit heruntergehen. Im Ganzen haben wir fünf gefunden, in denen Ausländer in größerer Zahl, namentlich im Vergleich mit den deutschen Juden, tätig sind.

B_{21} Gold- und Silberschm. 10 Ausl., darunter 3a Pers. 7 c_2 Pers.
B_{47} Uhrmacherei 9 Ausl., darunter 4a Pers. 5 c_2 Pers.
B_{25} Tischlerei 18 Ausl., dar. 9a Pers. 2b Pers.
B_{122} Tabakfabrikation 25 a, 2 b, 5 c_1, 11 c_2, 10 c_3 Pers. = 53, darunt. 49 in Rußland geboren.
B_{124} Schneiderei und Kleiderkonfektion. (s. die nachstehende Tabelle).

		m	w	s
a	Selbständig	6	8	14
afr.	Heimgewerbe	5	2	7
b	Angestellte	6	2	8
c_5	Mith. Familienangehörige	—	4	4
c_2	Gelernte Gehilfen	15	9	24
c_3	Ungelernte Arbeiter	—	—	—
		32	25	57

Unter diesen 57 sind 25 aus Österreich (einschl. Galizien), 9 aus Ungarn, 15 aus Rußland und 6 aus Rumänien.

Welt-Echo

95 000 Bekenntnisse zum zionistischen Gedanken. Wie wir bereits berichtet haben, ist jedem erwachsenen Juden Warschaus ein Fragebogen vorgelegt worden, in dem er befragt wurde, ob er sich zu dem Gedanken eines jüdischen Palästina bekenne. Einer vorläufigen Schätzung zufolge beträgt die Zahl derer, die durch Unterschrift der Erklärung das zionistische Ideal für sich anerkennen in Warschau 95 000.

Jüdisches Dezernat beim Oberbefehlshaber Ost. Ähnlich wie im Generalgouvernement Warschau soll nunmehr auch im Verwaltungsbereiche des Oberbefehlshabers Ost ein besonderes Dezernat zur Bearbeitung der jüdischen Angelegenheiten errichtet werden. Wie verlautet, beabsichtigt man dem bekannten jüdischen Maler u. Zionisten Herm. Struck, der sich bisher im militärischen Dienste an der Ostfront befand, die Leitung des Dezernates zu übertragen.

Das Manifest des Conjoint-Committee, der repräsentativen Körperschaft englischer Juden, das sich gegen die zionistischen Bestrebungen richtete, hat das Verbleiben seiner Verfasser im „Board of Deputies" unmöglich gemacht. Infolge der Abstimmung im „Board of Deputies", der mit 56 gegen 51 Stimmen sich gegen das Manifest des Conjoint-Committee aussprach, resignierten Dav. Alexander, Präsident des Board of Deputies, und alle die anderen Herren, die Ämter als Vertreter des Board im „Conjoint Committee" einnahmen. Im Board of Deputies fanden infolgedessen Neuwahlen statt. Über das Ergebnis dieser Wahlen erhielt das Kopenhagener Bureau der zionistischen Organisation folgendes Kabel: „Der „Board of Deputies" wählte Sir Stewart Samuel als Präsidenten, Lord Rothschild, Sir Philipp Magnus als Vize-Präsidenten, Nathan Laski zum Schatzmeister. Der Board beschloß, die Tätigkeit des „Conjoint Committee" einzustellen. Vollständiger Sieg der Majorität gegen das Manifest."

50 000 englische Juden treten der zionistischen Bewegung bei. Die „Union of Friendly Societies in England" mit einer Mitgliederzahl von 50 000 Juden, hat eine Resolution angenommen, die sich für die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte für die Juden in Palästina ausspricht. Nach und nach nehmen auch viele Synagogen-Gemeinden das zionistische Programm an, so kürzlich die Liverpool „Central-Synagoge of the Islington Borough", die einflußreichste Gemeinde der Stadt. Diese Gemeinde verpflichtete sich zur Schekel-Zahlung für alle ihre Mitglieder.

Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates. Im Zusammenhang mit den auf dem Kongresse der Arbeiter und Soldaten in Petersburg abgehaltenen Beratungen über die Forderungen nationaler Autonomie wurde folgende Resoluion gefaßt:

„Nur die Konstituante, welche die Grundlage für die demokratische Gestaltung Rußlands schaffen wird, kann die unerschütterlichen Rechte aller Nationen in Rußland gewährleisten. Um jedoch die Errungenschaften der Revolution zu bekräftigen und die Arbeiter-Demokratie aller Nationalitäten zusammenzuschließen, muß das revolutionäre Rußland die Dezentralisierung der Verwaltung in Angriff nehmen, um damit eine freie Bahn für die selbständige Entwicklung aller Nationalitäten zu schaffen. Der Kongreß schlägt daher der provisorischen Regierung vor, folgende Verordnungen noch vor der endgültigen Lösung der nationalen Frage durch die Konstituante zu treffen: 1. Ein Dekret wegen der freien Rechte aller Nationalitäten Rußlands auf Selbstbestimmung zu erlassen, auf der Grundlage der späteren Vereinigung mit der Konstituante. 2. Ein weiteres Dekret wegen Gleichberechtigung aller Sprachen mit der Anerkennung des Russischen als Staatssprache. 3. Bei der provisorischen Regierung einen Rat für nationale Angelegenheiten zu bilden, der aus den Vertretern aller Nationalitäten Rußlands bestehen soll."

Die 2. Resolution, die durch eine Verquickung der reaktioären Umtriebe mit den antisemitischen Hetzen veranlaßt wurde, lautet:

„Die andauernde Rechtlosigkeit der Juden in Rußland und die antisemitische Hetze, welche die alte Regierung beständig, besonders aber in der Kriegszeit geführt und unterstützt hat, führte dazu, daß der Menschenhaß und das Mißtrauen tiefe Wurzeln in den Volksmassen geschlagen hat. Die Gegenrevolution, die nicht im Stande ist, den offenen Kampf zur Herstellung des alten Regimes zu führen, bemüht sich, den Aberglauben der Massen auszunutzen, um die Aufmerksamkeit des Volkes von den wahrhaften Ursachen des Krieges abzulenken und den Zorn der Massen auf die Juden zu richten. Diese antisemitische Agitation unter der Maske radikaler Forderungen bildet eine große Gefahr für das jüdische Volk und die heilige revolutionäre Sache. Es droht die Gefahr, die Volksbefreiung in Bruderblut zu ertränken und einen schwarzen Schatten auf die ganze Volksbewegung zu werfen. Im Interesse der Volksmassen und der Ehre der Revolution fordert deshalb die revolutionäre Demokratie energische Bekämpfung jeglicher judenfeindlichen Aufreizungen. Der russische Kongreß der Arbeiter und Soldaten fordert die lokalen Räte auf, ein wachsames Auge auf die Tätigkeit der antisemitischen Gruppen und Agitatoren zu richten und eine unermüdliche Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift zu leisten. Der Kongreß empfiehlt dem Zentralkomitee die Herausgabe entsprechender Literatur betreffs der Judenfrage."

Im Namen der jüd. Soldaten der Nord- und Westfront überbrachte ein jüdischer Delegierter dem Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten den Ausdruck des stärksten Vertrauens. Der Redner schilderte dann die Hoffnungen, die die Juden, wie die anderen Minoritäten, auf ein künftiges demokratisches Rußland setzen, und schloß seine Begrüßung mit den Worten: „Während alle Nationalitäten Rußlands ihre Rechte auf bestmmtem territorialem Gebiete fordern, sind wir in unzähligen Teilen unter aller Herren Länder zerstreut. Ich glaube fest, daß die russische Demokratie die Judenfrage in ihrer ganzen Tiefe erfassen und während des Friedenskongresses die Forderung aufstellen wird, dem jüdischen Volk das Recht auf Palästina, mit dem es seit 4000 Jahren unlösbar verknüpft ist, zuzuerkennen. Der Kongreß antwortete auf diese Begrüßung mit lebhaftem Beifall.

Der russisch-jüdische Kongreß stößt vorläufig noch auf große Schwierigkeiten, da der „Bund" sich auf den Standpunkt stellt, daß der Kongreß sich nur mit den nationalen Rechten der Juden in Rußland beschäftigen dürfe, während die zionistischen Kreise die Erörterung der Palästinafrage verlangen.

Protest jüdischer Junker. Jüdische Schüler der Offizierschule in Nischni-Nowgorod (Junker) haben gegen den Beschluß eines Moskauer Regiments, das die Juden als Offiziere ausschließt, folgende Protestresolution gefaßt: „Wir protestieren gegen diesen Beschluß, der unser bürgerliches und nationales Selbtbewußtsein beleidigt. Mit aller Entschiedenheit werden wir denjenigen entgegentreten, die unseren von der provisorischen Regierung gewährten Rechten keine Rechnung tragen wollen. In der Hoffnung, daß die demokratisch-revolutionären Organe gegen den Beschluß des Moskauer Regiments Einspruch erheben, erklären die jüdischen Junker, daß sie in die Offiziersschule eingetreten sind, nicht um die Privilegien des Offiziersstandes zu genießen, sondern um die Rechte zu verwirklichen, welche die Juden erhalten haben. Die Behauptung, daß die Juden nicht kampffähig sind, bestreiten die Junker aufs Entschiedenste und erklären zugleich, daß die jüdischen Offiziere tun werden was ihr Gewissen von ihnen erheischt."

Jüdische Akademiker in Rußland. Die provisorische Regierung in Rußland hat angeordnet, die ausländischen akademischen Diplome, die von tausenden russischer Juden während des alten Regimes erworben wurden, anzuerkennen und den jüdischen Akademikern so zu ermöglichen, in das russische Erwerbsleben einzutreten.

Judenausweisungen in Posen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann und Bauer haben an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet: Seit längerer Zeit werden aus der Provinz Posen und aus dem Regierungsbezirk Oppeln, in der letzten Zeit auch aus dem Regierungsbezirk Breslau österreichische Staatsangehörige jüdischen Glaubens ungeachtet ihrer jahrzehntelangen Ansässigkeit ausgewiesen. Sind dem Reichskanzler diese Zustände bekannt? Denkt er dagegen einzuschreiten?

Die neue Ordnung. Die fremdenfeindliche Stimmung, die in Frankreich und England vor allem gegen die eingewanderten Juden herrscht, hat die Komitees zum Schutze des Asylrechtes in London und Paris zur Entsendung einer speziellen Deputation an die russische Regierung veranlaßt, um ihr Einschreiten bei den Verbündeten zu erwirken.

Die Wahlen zum jüdischen Kongreß in Amerika. Nach vorläufigen Nachrichten über die Wahlen zum jüdischen Kongreß in Amerika haben mehr als 400 000 Wähler ihre Stimme abgegeben. Die zionistischen Kandidaten wurden in vielen Orten mit überwiegender Majorität gewählt.

Der 10 Millionen Dollar Kriegs-Hilfs-Fonds. Der „American Jewish Chronicle" regt zur schnelleren Erreichung des 10 Millionen Dollar Kriegs-Hilfs-Fonds an, daß jeder amerikanische Jude oder jede amerikanische Jüdin den Verdienst eines Tages dem Fond zur Verfügung stellt.

Nathan Straus und der 10 Millionen-Fond. Nathan Straus, der bekannte Philanthrop, der für die notleidende jüdische Bevölkerung in der Kriegszone sehr große Spenden gegeben hat, zeigt jetzt

wiederum der Welt ein bemerkenswertes Beispiel von großherziger Wohltätigkeit. Er hat sein eigenes Haus zum Verkauf gestellt, dessen Wert von 350 000 Dollars dem 10 Millionen Dollar-Fond zufließen soll.

Die S. S. und Palästina. Nach einem zwölfjährigen erbitterten Kampf gegen das Palästina-Ideal, haben die amerikanischen Territorialisten folgenden Beschluß gefaßt: „Die 7. außerordentliche Konferenz der Sozialisten-Territorialisten bleibt ihrem alten Standpunkt treu, der sie auf keine prinzipielle Forderung oder Gegnerschaft einem bestimmten Territorium gegenüber festlegt. Sie erkennt aber an, daß die Forderung einer jüdischen Republik in Palästina, wie sie gegenwärtig von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt gestellt wird, jetzt die einzige Möglichkeit ist, den nationalen Willen des jüdischen Volkes nach einem selbständigen Leben auf einem eigenen Boden zum Ausdruck zu bringen. Die Konferenz beschließt daher, im Verein mit den anderen Elementen des jüdischen Volkes, die ebenfalls an der territorialen Lösung der jüdischen Frage Interesse haben, die Palästinaforderung auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen und für die Aufrollung dieser Forderung auf dem internationalen Friedenskongreß zu sorgen." Derselbe Beschluß wurde von den S. S. Englands gefaßt.

Ein italienischer Rabbinerverband. Einen Fortschritt in der Nationalisierung der Juden Italiens bedeutet die Gründung eines italienischen Rabbinerverbandes, dessen erste Sitzung am 26. und 27. Juni in Bologna stattfand. Die Referate enthüllten ein trauriges Bild von den Zuständen in den jüdischen Gemeinden Italiens. Es wurde betont, daß hier nur auf eine Weise Besserung erzielt werden könne, nämlich durch systematische, jüdische Erziehung der heranwachsenden Generation. Zum Schluß der Verhandlungen gab man der Hoffnung Ausdruck, daß man durch den Zionismus die dem Judentum entfremdete Jugend zurückgewinnen werde.

Jüdischer Kongreß in Saloniki. Am 10. Juni fanden in Saloniki die Wahlen zum jüdischen Kongreß statt, die in allen Kreisen der jüdischen Bevölkerung lebhaftes Interesse hervorgerufen haben, was aus der regen Beteiligung — 15 000 Stimmen wurden abgegeben — ersichtlich ist. Dieser Erfolg, der die kühnsten Erwartungen übertrifft, ist den Bemühungen der „Organisationsgruppe des jüdischen Kongresses in Saloniki" zu verdanken, die durch ihre Konferenzen, öffentlichen Vorträge in der jüdischen Bevölkerung die Liebe zum jüdischen Nationalismus erweckt und die Massen aus ihrem Indifferentismus geweckt hat. Die Wahlen können als Bekenntnis der jüdischen Bevölkerung zum national-jüdischen Programm betrachtet werden.

Ein Geschenk für die Jerusalemer Bibliothek. Der Konferenz der russischen Zionisten teilte W. R. Jakubsohn mit, daß die berühmte Bibliothek des verstorbenen Baron David Günzburg in Petersburg für eine Million Mark gekauft und der Jüdischen Nationalbibliothek in Jerusalem geschenkt worden ist. Diese außerordentlich wertvolle Sammlung, die von drei Generationen von Mäcenaten und Gelehrten mit viel Wissen, Liebe, Fleiß und Weitherzigkeit angelegt worden ist, ist auf den Gebieten Hebraika und Judaika eine der reichsten und kostbarsten Bücher-, Handschriften- und Antikensammlungen in Europa. Das Geld für die hochherzige Schenkung wurde von Baronin Günzburg (100 000 Rubel), Familie Slatopolsky-Persitz (100 000) und einigen anderen zionistischen Mäcenaten gespendet.

Aus einem Brief aus Polen.

K., 18. VII. 17.

Lieber Herr X.......!

Mein Aufenthalt ist noch immer in K., die medizinische Arbeit bietet das gleiche, eintönige Einerlei. Die Juden leiden unter den von Tag zu Tag knapper und teurer werdenden Nahrungsmitteln furchtbar, setzen auf ihre Waren geradezu erschreckende, durch die Nöte der Zeit aber zum größten Teile bedingte Preise und tragen dadurch wenig dazu bei, sich bei den Militärpersonen beliebt zu machen, so daß ich oft Gelegenheit habe, die Dinge richtig zu stellen.

Zu Herzl's Jahrzeittag hielt man eine kleine Haskoroh in der Synagoge ab, wo El mole rachamim gesungen und einige Ansprachen gehalten wurden. Die Hatikwah beschloß die Feier.

Wie entzückt war ich, als ich dieser Tage eine Bekanntschaft machte, von der ich Ihnen im Folgenden kurz berichten will. Der Zufall brachte mich in das Haus eines alten Raw, der seit etwa fünf Jahren aus der Grodnoer Gegend hierher verzogen ist, also ein Litvake. Ein hoher, weißbärtiger, patriarchalischer Mann mit Peies und Käppchen sitzt inmitten seiner Seforim und studiert Tag und Nacht, er zeigt mir einige selbstverfaßte Werke, Kommentare zum Chauschen Mischpod und unter anderem eine Reihe noch nicht gedruckter Manuskripte, mit einer wundervoll sauberen, älteren Schriftart, die mich an mittelalterliche Psalterhandschriften gemahnt. Sohn und Tochter vollständig modern erzogen, sprechen perfekt hebräisch und bringen eine solche hervorragende Allgemeinbildung mit, daß ich mich vergeblich nach etwas Ähnlichen im lieben Deutschland umschaue. Überhaupt dieser Gegensatz, der Alte, Vertreter des verknöcherten, unwandelbaren Schrifttums und die Jungen, Vertreter eines neuen jüdischen Typus mit Kenntnis des ganzen klassischen Judentums, daher ein herzliches, ungestörtes Familienleben, eine gegenseitige Hochschätzung und Verehrung. Wäre das bei uns möglich?

Nun habe ich viel erzählt. Ich hoffe Sie nicht ermüdet zu haben.

Lassen Sie mich bald wissen, wie es Ihnen geht. Weiterhin gute Zeit. Den politischen Ereignissen in Deutschland sehe ich mit größter Spannung entgegen.

Mit treujüdischem Gruße bin ich Ihr

K. R.

Literarisches Echo

Jüdischer National-Kalender 5678. Am 1. September erscheint zum dritten Male im Verlag der Jüdischen Zeitung in Wien unter der bewährten Redaktion von Otto Abeles und Ludwig Bató der Jüdische Nationalkalender. Die beiden früheren Jahrgänge haben allgemein eine so gute Aufnahme gefunden, um mit Fug erwarten zu lassen, daß auch die neue Folge allseitiges Interesse erwecken wird. Arnold Zweig, der im deutschen Schrifttum wie in unseren Kreisen geschätzte Dichter, äußerte sich voriges Jahr über das Un-

ternehmen in einem Briefe an die Herausgeber falgendermaßen:

„Ich habe den diesjährigen Nationalkalender langsam und sorgfältig gelesen. Ich glaube, daß man die Wichtigkeit dieses Buches in einer Beziehung, der innerpolitischen nämlich, gar nicht genug hervorheben kann — wobei ich innerpolitisch auf die innere Politik des Judentums beziehe. Ich fasse alle Artikel, die in dieser Richtung wirken wollen, zu einer einzigen, sehr nachdrücklichen Kundgebung zusammen, und sage, daß ich alle die Autoren beneide, die jetzt darauf hinwirken können, daß die Juden einmütig in Aktion treten und positiv helfen, anstatt sich in zerteilenden Komitees zu schwächen oder gar den Seelen der Einzelnen Hilfe bringen wollen, während der Körper des Volkes verdirbt. . . “

Das auch heuer vornehm ausgestattete, im bekannten Feldpostformat erscheinende Jahrbuch kostet bei Vorausbestellung K 3.80 = M. 2.90 einschließlich Porto. Bestellungen sind gegen Nachnahme (oder Vorausbezahlung an das österreichische Postsparkassenkonto 152.492) zu richten an den Verlag der Jüdischen Zeitung in Wien, II/1., Zirkusgasse 33.

Zeitungs-Echo

Jüdische Kriegsnot. In einem Aufsatz über das befreite Tarnopol schreibt der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ Dr. Fritz Wertheimer:

Von größeren öffentlichen Gebäuden sind ziemlich unversehrt die beiden als russische Lazarette benutzten ruthenischen und polnischen Gymnasien sowie die Realschule und das Stadthaus, das Postgebäude, das Justizhaus, in welchem der Stab des 18. russischen Armeekorps einst lag und später das Lazarett des russischen Städtevereins sowie die Intendantur untergebracht waren. Im Innern sind aber auch alle diese Häuser ausgeraubt. Die großen Fabriken, Mühlen, Brennereien, Brauereien sind samt und sonders gesprengt, soweit sie nicht schon im Jahre 1915 zerschossen wurden, als die österreichisch-ungarische Front bis zu 15 Kilometer vor Tarnopol herankam. Alle Straßen liegen in Trümmern, alle Privathäuser sind zerstört. Die jüdische Geschäftsstraße (die Perlstraße), die Hauptstraße (Miechiewiczstraße), die Straße des 3. Mai, alle sind rauchende Trümmerhaufen, aus denen noch die Rauchschwaden emporsteigen. Die freiwillige Feuerwehr arbeitet jetzt mit aller Kraft. Unter mächtigen Staubwolken stürzen fortwährend Mauern ein.

In den Straßen wälzt sich der Strom der Menschen, meistens Juden. Tarnopol hatte 40 000 Einwohner, davon zwei Drittel Juden, die über jeden durchkommenden Stab, die Reiter und die singenden Trupps Infanterie in immer erneute Hochrufe ausbrechen. Die Leute sehen entsetzlich aus. Seit fünf Tagen sind sie aus den Kellern nicht herausgekommen, sind sie ungewaschen. Die meisten haben weder Hab noch Gut. Noch am Freitag Morgen hatte man keine Ahnung hier, was passierte. Erst nachts begannen die Russen ihre Depots, so gut es ging, zu räumen und den Rückzug vorzubereiten. Am Samstag ließ der Generalkommissar der russischen Republik, Krasoski, den Bürgermeister rufen und beauftragte ihn mit der sofortigen Gründung einer Zivilmiliz. Am Abend würden die Deutschen kommen. Von diesem Augenblick an setzte das zügellose Rauben, Morden, Plündern und Brennen ein, an dem sich nicht nur Kosaken, sondern auch reguläre Truppen und zwar Mannschaften wie Offiziere beteiligten. Es gibt keinen Laden in Tarnopol, der nicht — von Samstag an hielten alle Läden geschlossen — erbrochen worden wäre. Die Waren wurden weggebracht oder auf die Straße geworfen und angezündet. Die Soldaten stürzten in die Häuser, riefen „Hände hoch!“ und nahmen in Ruhe Geld und Wertsachen. Wer nicht parierte, wurde erbarmungslos niedergeschossen. Ich selbst sah heute früh noch Leichen von Zivilisten in den Straßen liegen. Die Angaben schwanken, wie viele Einwohner getötet wurden; die einen sagen 80, die anderen nennen Zahlen bis 300. Aber auch die noch Lebenden sind einfach Bettler. Ich sprach einen angesehenen Rechtsanwalt, der nur noch besitzt, was er auf dem Leibe trägt, Großkaufleute und einstmals reiche Juden, denen es nicht besser geht. Sicherlich wird ja aus den Kellern und Verstecken der Juden noch manches zutage kommen. Aber am Gesamtbild ändert das nichts.

Feuilleton

Über die ehemalige Judengemeinde in Nürnberg.

Von Lor. Fried. Richter, Gymnasialprofessor zu Erlangen.

(Fortsetzung.)

Ein Teil der Vertriebenen wandte sich nach Frankfurt a. M., wo eine aufgeklärte Regierung und Kaufmannschaft schon längst zu der Überzeugung gekommen war, daß die unermüdliche Erwerbtätigkeit der Juden ein unentbehrlicher Hebel der Handelsblüte jedes Volkes sei, so daß Erstarrung alles Unternehmungsgeistes in Handelsangelegenheiten am schwersten solche Länder strafe, welche sie, wie die Pyrenäische Halbinsel, völlig verscheuchten. Der andere Teil suchte Unterkunft in den benachbarten freundlichen Ansbachischen, Bayreutischen und Bambergischen Ortschaften, und man kann von den meisten Judengemeinden in diesen Plätzen kein höheres Alter-

tum ihrer Ansiedlung nachweisen. Während diese zerstreuten Kinder Israels den Handelsvorteilen Nürnbergs wenig Gefahr drohten, mußten Rat und Stadt kaum drei Jahrzehnte später den Schrecken erleben, daß einige der unternehmendsten und wohlhabendsten Glieder ihrer verjagten Judengemeinde sich unter fürstlich Ansbachischem Schutz in dem so nahen Fürth niederließen. Keine Bitten und Vorstellungen vermochten die menschenfreundliche Regierung Georgs des Frommen, sowie das Bamberger Domkapitel, das dessen Beispiel befolgte, von dem einmal verheißenen Schutz wieder abwendig zu machen. Das war von jeher ein Vorzug und Segen aller Brandenburgischen Herrscher, daß sie stets bei zwistigen Religionsangelegenheiten der Völker das Urteil, wie Kaiser Maximilian II. empfahl, Gott überließen und den Verfolgten beider Parteien in ihren Ländern Zuflucht, vollsten Schutz und menschliche Duldung gewährten. Daher liefert auch kein Land einen deutlicheren Beweis, daß man bei jeder Verschiedenheit der Ansichten von göttlichen Dingen doch ein vollkommen guter Mensch und Bürger sein könne, keines ein schöneres Beispiel des friedlichsten und freundlichsten Zusammenlebens aller christlichen Religionsparteien unter sich und mit den Bekennern des Mosaismus. Aber auch in keinem andern rennt jeder ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses freudiger mit Gut und Blut zur Hilfe herbei, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Was half es, daß Maximilian I. in dem nämlichen Freiburger Verweisungsmandat den christlichen Nürnbergern gebot, zum Ersatz der Juden Wechselbänke in der Stadt Nürnberg an gelegenen Enden aufzurichten und mit Schreibern, Amtleuten und anderen Personen nach ihren Notdürften, Willen und Gefallen zu besetzen, daß sie ihren Mitbürgern und Inwohnern, die ihr Handwerk, Hantierung und Gewerb außerhalb Entlehens und Versetzens stattlich nicht wohl getreiben könnten, wann und so oft sie wollen, auf ihr Ansuchen und Begehren nach Gelegenheit ihrer Handlung und Notdurft Geld leihen und darum Pfand, Bürgschaft und Versicherung nehmen, auf Zeit und Ziel zu bezahlen, und dann ein ziemliches an Zins zu erfordern und einzunehmen und von denselben Zinsen die obenberührten Amtleute und Ausrichter solcher Wechselbank ihres Solds und Arbeit zu entrichten, und ob alsdann derselben Zinsen Übermaß wäre, dieselben Zinsen zu gemeinem Nutzen und Gut der Stadt Nürnberg wenden und kehren mögen?“ Gestand doch der Kaiser durch die vorgeschlagenen Schreiber, Amtleute, Ausrichter usw. und durch die für die Staatseinkünfte eröffnete noch gefährlichere Aussicht auf Überschuß aus den Zinsen selbst unverhohlen die maßlose Umständlichkeit und Kostspieligkeit aller Einrichtungen dieser Art. Dazu kommt noch die allbekannte Scham der meisten Hilfsbedürftigen vor solchen bei Leihhäusern angestellten Beamten, weswegen sie, um vor jenen unerkannt zu bleiben, zu dem Anlehengeschäft die unzuverlässigsten und doch kostspieligsten Unterhändlerinnen beauftragten. Und doch müssen sie nach wenigen Tagen Zahlungsverzug ihre ihnen oft sehr lieben Pfänder öffentlich an den Meistbietenden weit unter dem Wert, wenn nur die Leihanstalt ihre Forderung gedeckt sieht, losschlagen sehen. Daher fuhren auch nach der Ausschaffung der Juden die hilfsbedürftigen Nürnberger allen obrigkeitlichen Verboten und Strafandrohungen (bis zu 50 fl. noch 1621) zum Trotz fort, dieselben mit großem Zeitverlust in den benachbarten Ortschaften aufzusuchen. Ja, die Vornehmern luden sie sogar in ihre Gärten vor der Stadt, um mit ihnen, wenn gleich kostspieliger, doch bequemer zu verkehren, und als die Fürther Judengemeinde zahlreich genug geworden war, bildeten sich in den Vorstädten Wörth und Gostenhof förmliche Pfandniederlagen für die Fürther Hebräer, wie die Verbote des Rats von 1566 besagen. Diese Verbote mußten sich sogar auf den Einkauf des von den Juden nach ihren Speisegesetzen verschlagenen Fleisches erstrecken, welches als wohlfeiler und doch besser von den ärmeren Einwohnern Nürnbergs begierig gesucht wurde. Am Ende wußte der Rat selbst, um seinen Fleischmarkt mit gutem Rindfleisch zu versehen, kein zweckmäßigeres und nachhaltigeres Mittel, als den Besuch seiner Viehmärkte auch den Nachkömmlingen seiner verbannten Juden zu erlauben, von welcher Zeit, das heißt, seit Jahrhunderten sie den Rat und die Stadt reichlich mit gutem Schlachtvieh versorgen.

Überhaupt läßt sich beurkunden, daß der Handel Nürnbergs genau zu der Zeit der Judenausweisung seinen Wendepunkt erreichte, da ihm auch von jener Zeit an zum wenigsten die Hälfte der benötigten Kapitalien fehlte, und der von nun an sichtbare Verfall desselben, den man gewöhnlich der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch die Portugiesen zuschreibt, muß weit richtiger auf Rechnung des von nun an mangelnden Spekulationsgeistes der Juden gesetzt werden. Wie sollten auch einige zwanzig portugiesische Schiffe, die in den ersten Jahrzehnten ihre liebe Not hatten, in Ostindien Niederlassungen und Handelsverbindungen zu gründen, den mehr als dreihundertjährigen Handelsweg über Alexandrien und die oberitalienischen Häfen so schnell verödet haben? Jene vermochten anfangs kaum, den Markt Portugals und der benachbarten Länder Spanien und Frankreich zu versorgen. Auch weiß Venedigs Handelsgeschichte nichts von einer so plötzlichen Veränderung, sondern lieferte Nürnberg noch viele Jahrzehnte dieselben Erzeugnisse, jedoch wegen der beginnenden portugiesischen Konkurrenz zu immer niedrigeren Preisen. Von jener Zeit an beginnt daher auch das grenzenlose Schuldenmachen des Nürnberger Rates, wodurch er den Schein dauernder Blüte auf Kosten der Nachwelt zu behaupten suchte und in dieser Kunst es endlich so weit brachte, daß die Schulden dieses in seiner volksreichsten Zeit kaum siebzigtausend Menschen fassenden Ländchens zu der schwindelnden Höhe von neunzigmal hunderttausend Gulden stiegen, für welchen Preis die damalige preußische Regierung die Annahme der von dem verzweifelnden Nürnberg 1796 selbst angetragenen Unterwerfung weislich verweigerte. Folglich handelte der Rat von Nürnberg durch die Ausschaffung der Juden von 1499 dem Handelsvorteil seiner Gemeinde aus Befangenheit schnurstracks entgegen.

Aber dawnen (beten) muß man doch.

Von J. L. Perez.

Berl, der Schneider, kann es kaum erwarten, bis sein Sohn, der Doktor, nach Hause kommt. Daheim wird er eine Praxis haben, man muß schon krank werden.

Der Sohn kommt am Freitag, und am Schabbes will ihn der Vater mit zum Dawnen nehmen.

„Ich will nicht gehen, Tate!“ sagt der Doktor.

„Was, schämst dich mit mir zu gehen?“

„Gott behüte, Tate, was fällt dir ein . . .“

„Oder meinst du, wenn man Doktor ist, braucht man nicht mehr Gott zu bitten, Gott zu loben?“

„Das nicht, Tate . . .“

„Was denn, bist du vielleicht müde, oder Gott bewahre, nicht wohl?“

„Nein Tate, ich will nur nicht gehen.“

„Ich bin begierig zu wissen, warum?“

„Nun Tate, setz dich bitte einmal, ich will dir sagen warum.“

Der Alte legte seinen Tallis (Gebetmantel) beiseite und setzte sich.

„Nun, sag mir, umgekehrt, wie soll ich das verstehen?“

„Gut, Tate, stell dir vor, du bist reich, so reich, daß dir einige Rubel gar nichts ausmachen“.

Der Vater seufzt. Um nämlich den Sohn einen Doktor werden zu lassen, hatte er über seine Kräfte getan. Er besaß ein Häuschen; das Häuschen ist fort; er wohnt in Miete; auch die Maschinen sind verkauft.

„Nun,“ sagt er, und seufzt wieder schwer.

„Also, du bist reich und dir gegenüber wohnt eine Witwe, eine schwache, kranke Witwe; laß sie sogar noch Kinder haben, sodaß man sie wirklich unterstützen muß.“

„Ganz gewiß würde ich sie unterstützen.“

„Aber würdest du warten bis die Witwe zu dir kommt, dich bittet, vor dir in Ohnmacht fällt, ein Meer von Tränen vergießt?“

„Gott behüte, auch noch warten? Wenn ich weiß . . .“

„Und Gott, was ist er? Besser oder schlechter als du?“

„Was redest du; das ist eine Frage!? . . .“

„Nun“, triumphiert der Sohn, der Doktor, „wenn Gott besser ist, weiß er, was einem armen, schwachen, kränklichen Menschen nötig tut und wird nicht warten, bis man ihn bittet . . .“

„Aber . . . . .“

„Gott loben, meinst du?“

„Muß auch sein . . .“

„Nun Tate, würde es dir gefallen, wenn sich jemand vor dich hinstellte und dich in deine Augen hineinlobte: ein edler Schneider, ein guter Schneider, ein ehrlicher Schneider. Aber, was heißt ein Schneider; ein aufrichtiger Schneider, ein einziger Schneider! . . .“

„Ach,“ sagt der Alte ungeduldig, „ die Galle liefe mir über!“

„Und weißt du warum? Weil du kein Narr bist, wirst du auch an närrischen Lobpreisungen keine Freude haben. Und du bist ein Mensch, ein schwacher Mensch, dem Schöntun schaden, Loben helfen kann . . . .“

„Aber. . . . .“

„Kein Aber, Tate! Kein Aber: Gott ist klüger wie wir und meinst du, er hat unser Lob nötig; er hat nötig, daß man sich dreimal am Tage demütig vor ihn hinstellt und schreit: ein guter Schneider, ein edler Schneider!“

„Was redst du?“ . . .

„Nun, meinetwegen, ein guter Gott, ein edler Gott, der Himmel und Erde geschaffen, ... Weiß er das nicht besser?“

Der Alte sinnt nach, fährt aber mitten drin auf. „Alles richtig!“ sagt er — „Aber dawnen muß man doch!“

Übersetzt von Dr. Rothschild.

Spendenausweis auf der 3. Umschlagseite. Weitere Beträge sind zu richten an das Bankhaus J. L. Feuchtwanger, München. Postscheckkonto 552.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Jüd. Nat.-F. Rochma Bornstein Wiesbaden und Elisabeth Mahler München in Erinnerung der Tage am Starnberger See Mk. 2.—.

Gunzenhausen. Die in Gunzenhausen veranstaltete Sammlung für das Hilfswerk für Palästina hat bisher 1169 Mark ergeben. Hierzu wird uns aus G. geschrieben: „Als drittes Sammlungsergebnis während des Krieges ist dieses Resultat ein Beweis, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer organisierten Sammlung allenthalben wächst. Auch die Freunde jener Unterstützungsart, die durch Arbeitsbeschaffung helfen will und die wirtschaftliche Selbständigkeit des Gabenempfängers nach Kräften erhält, nehmen erfreulicherweise zu. Sollte nicht das Beispiel unseres Komitees auch in anderen Plätzen Schule machen? Ließe sich nicht auf diese Art die Sammeltätigkeit aller bayerischen Palästinafreunde organisieren?“

Personalien.

Der kgl. bayer. Militärverdienstorden 4. Klasse mit Schwertern wurde verliehen den kgl. bayer. Leutnants der Reserve Gustav Rosenthal und Karl Sterzbach von der Feldartillerie, Emil Hermann von der Fußartillerie, Moriz Glück von den Pionieren, Hugo Babinger, Adolf Hermann, Bruno Stern von der Infanterie, Fritz Guckenheimer von der Kavallerie, Oskar Groß und Fritz Obermeyer v. Train. Ferner dem k. Stabsarzt der Landwehr Dr. Max Holländer (Hof) und dem kgl. Stabsarzt Dr. Paul Lißmann.

Die goldene bayer. Tapferkeitsmedaille wurde dem Gefreiten Georg Gutmann in einem Inf.-Reg. verliehen. Dieselbe Medaille in Silber dem Vizefeldwebel Hermann Heinemann bei der Infanterie.

Im Felde bezw. an ihrer Verwundung starben der kgl. bayer. Amtsrichter in Fürth und kgl. Leutnant der Reserve Dr. Friedrich Neubürger

und der kgl. Leutnant im Infanterie-Leib-Regiment Hans Koch in München.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse wurde verliehen: dem inzwischen gefallenen k. Oberarzt der Res. Dr. Georg Orkin, dem Assistenzarzt der Res. Dr. Albert Weihl in Homberg i. Hessen, dem Leutnant der Res. Leo Stein in Berlin, k. b. Leutnant Fritz Josephthal in Nürnberg, Leutnant der Res. Otto Mond in Berlin, Offizierstellvertreter Fritz Strauß in Langenschwalbach, Bataillonsarzt Dr. Erich Hofmann in Meiningen, Oberarzt Dr. Nordmann in Mülhausen i. Els., k. b. Hauptmann der Res. Dr. Paul Drey in München, Oberstabsarzt Dr. Kronenberg in Solingen, Unteroffizier Erwin Keibel in Hamburg, Offizierstellvertreter Heinrich Wolf in Alzey, Unteroffizier Fritz Bloch in Berlin, Leutnant der Res. Hermann Simon in Köln, Vizewachtmstr. Dr. Georg Brühl in Posen, Oberarzt Dr. Carl Neckarsulmer in Aachen, Stabsarzt der Res. Dr. Moriz Salomonski in Berlin, Leutnant d. Res. Kurt Aronheim in Görlitz und Leutnant d. Res. Emil Friedmann in Arnstadt i. Th.

Der k. b. Oberstabsarzt Dr. Eugen Jacoby wurde zum k. b. Generaloberarzt in der aktiven Armee befördert.

Zu k. b. Rittmeistern der Reserve wurden die Oberleutnants Jakob Schulmann und August Mosbacher befördert.

Zu k. b. Hauptleuten der Reserve wurden befördert die Oberleutnants Sigmund Dreyfus, Bruno Friedländer, Paul Seligmann, Joseph Schwab und Joseph Henle.

Der Leutnant Max Heymann wurde zum k. b. Oberleutnant der Reserve befördert.

Zu k. b. Leutnants der Reserve wurden befördert die Vizefeldwebel Kurt Ellissen, Aron Hirschmann, Adolf Mann, Hans Estenfelder und Joseph Uhlmann, alle in einem Infanterie-Regiment, Fritz Sänger bei der Feldartillerie, Hermann Kupfer bei den Pionieren, Hermann Götz bei den Funkern, Moriz Wertheimer (Nürnberg) und Fritz Freitag (Bamberg).

Zu k. b. Feldhilfsärzten wurden befördert die Unterärzte Julius Bildstein, Julius Sichel und Wilhelm Veith.

Zu k. b. Stabsärzten der Reserve wurden befördert die Oberärzte Dr. Julius Sommer, Dr. Ludwig Nürnberger, Paul Kaufmann (Ludwigshafen) und Dr. Adolf Grünspecht (Nürnberg).

Zu k. b. Oberärzten der Reserve wurden befördert die Assistenzärzte Dr. Siegfried Basnitzki (München) und Dr. Artur Fels (München).

Zu k. b. Assistenzärzten der Reserve wurden die Unterärzte Dr. Emil Marx (Würzburg) und Siegfried Hertz (München) befördert.

Zu k. b. Stabsveterinären der Reserve wurden die Oberveterinäre Hugo Rosenkranz (München) und Harry Euken (Nürnberg) befördert.

Verband der nationaljüdischen Vereine Münchens

Dienstag den 28. August:

Abschiedsfeier für Hrn. Arnold Marlé.

Zeit und Lokal werden in der nächsten Nummer des Blattes bekannt gegeben.







Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München